

## CHINA

### Angeblicher Betrug: Chinesische Gemeindeleiter hinter Gittern

Zu „Gefangenen des Monats Februar 2022“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die evangelischen Gemeindeleiter Wang Xiaoguang und Yang Rongli in der Volksrepublik China benannt. Sie rufen dazu auf, sich für Pastor Wang sowie seine Ehefrau, die Predigerin Yang, aus der Stadt Linfen in der nordchinesischen Provinz Shangxi einzusetzen.

Zusammen mit sieben weiteren Christen einer Freikirche wurden sie am 7. August 2021 festgenommen. Während es noch zu weiteren Festnahmen und zwischenzeitlich auch zu Freilassungen gegen Kautionszahlungen kam, erging schließlich im September der förmliche Haftbefehl gegen die Eheleute wegen angeblichen Betrugs. Dieser Vorwurf wird üblicherweise zur Verfolgung nichtregistrierter Gemeinden eingesetzt, weil sie die kommunistische Führung als illegale Vereinigungen ansieht. Im Juli 2021 hatte die örtliche Polizei bereits Prediger der-

#### Musterbrief

Staatspräsident Xi Jinping  
via Botschaft der VR China  
Märkisches Ufer 54  
10179 Berlin  
Fax 030-27588221

Exzellenz,

ich wende mich heute in Sorge um die chinesischen Christen Wang Xiaoguang und Yang Rongli an Sie. Die Eheleute gehören der Leitung einer evangelischen Hauskirche in Linfen (Provinz Shangxi) an. Der Ehemann ist Pastor und die Ehefrau ist Predigerin. Zusammen mit sieben weiteren Christen wurden sie am 7. August 2021 festgenommen. Später stellte sich heraus, dass ihnen Betrug vorgeworfen wird. Auffallend ist, dass chinesische Behörden diesen Vorwurf häufiger erheben, wenn sie gegen nicht registrierte Gemeinden vorgehen.

Ich betrachte dieses Vorgehen als Verletzung der Religionsfreiheit. Erlauben Sie mir, an Artikel 36 der Verfassung der Volksrepublik China zu erinnern. Darin heißt es: „Die Bürger der Volksrepublik China genießen die Freiheit des religiösen Glaubens.“ In diesem Sinne bitte ich Sie, sich für die Einhaltung der Religionsfreiheit und vor allem für die Freilassung dieser Christen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:  
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: CHINA AID

Yang Rongli und Wang Xiaoguang

selben Freikirche, die inzwischen rund 50.000 Mitglieder zählt, zu Verhören vorgeladen. Seit Jahren weigern sich diese Christen standhaft, der offiziell anerkannten und kontrollierten Drei-Selbst-Bewegung beizutreten. Pastor Wang war bereits einmal von 2009 bis 2012 und seine Ehefrau Yang Rongli von 2009 bis 2016 inhaftiert.

Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, sich in Briefen an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping für die Freilassung der Christen einzusetzen. Die Verfassung des Landes garantiert „die Freiheit des religiösen Glaubens“. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik China leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen. Davon trifft sich ein großer Teil in staatlich nicht registrierten Gemeinden.

## PAKISTAN

### Christ nach fast zehn Jahren hinter Gittern endlich freigelassen

Erst im März vorigen Jahres hat ein Berufungsgericht seine Haftstrafe in die Todesstrafe umgewandelt und ist damit einer Eingabe der Staatsanwaltschaft gefolgt. Ende November hat die IGFM jedoch eine freudige Nachricht erreicht: Das Oberste Gericht von Lahore sprach Sajjad Masih Gill schließlich am 9. November vom Vorwurf der Blasphemie frei. Die Freilassung

wurde erst drei Wochen später bekannt gemacht, um die üblichen Repressalien islamistischer Extremisten nach den Freisprüchen der Gerichte zu vermeiden. Am 13. Juli 2013 war der pakistanische Christ zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Urteil war erfolgt, obwohl keine antiislamischen SMS-Nachrichten auf seinem Mobiltelefon gefunden wurden und es keine

Zeugen gab. Gill gehört zur evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Er verbrachte fast zehn Jahre im Gefängnis. Während dieser Zeit wurde die Prüfung seiner Berufung über 100-mal verschoben. Im August 2013 hatten die IGFM und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA Gill als „Gefangenen des Monats“ benannt.

# Neuer Bundesbeauftragter ist Frank Schwabe

Das 2018 geschaffene Amt des Bundesbeauftragten für Religionsfreiheit wird fortgeführt und ist am 5. Januar neu besetzt worden: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe folgt auf Markus Grübel (CDU) als Beauftragter der Bundesregierung für die weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Damit standen wohl doch die Türen bei der Ampelkoalition für die Appelle von Menschenrechtsorganisationen, darunter der IGFM, sich dieses Freiheitsrechts in besonderer Weise anzunehmen, weit offen. Im Koalitionsvertrag suchten sie noch vergeblich nach einer Erwähnung des wachsenden internationalen Problems der Verfolgung und

Diskriminierung aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen. Der 51-Jährige aus dem nördlichen Ruhrgebiet, evangelischer Christ, kam 2005 erstmals in den Deutschen Bundestag. Seit 2014 ist er Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion.

In einem Podcast-Interview mit dem Internetportal „katholisch.de“ betonte er, dass er schon bei der Einrichtung des Amtes für diese Idee „durchaus offen“ war, währenddessen im damals sozialdemokratisch geführten Auswärtigen Amt eher Skepsis überwog. In seiner Auffassung sah er sich in der Folge bestätigt. „Aber da, wo Religions- und Weltanschau-

ungsfreiheit bedroht ist, sind eben oft andere Menschenrechte auch bedroht“, sagte er weiter. Seine Aufgabe sieht er darin, „Menschen sehr konkret zu helfen, aber eben auch Schlaglichter zu werfen auf Menschenrechte,... insbesondere auf das Rechts auf Religionsfreiheit und Weltanschauungsfreiheit.“ Eine besondere Herausforderung erkennt er darin, „dieses Recht im Sinne eines modernen Menschenrechts auszugestalten“. Zu dem Freiheitsrecht zähle auch das Recht, keiner Religion anzugehören. „Es ist ein Anliegen von Menschen, an Gott, manchmal auch an Götter zu glauben oder auch nicht, und das frei ausüben zu können.“

## IRAN

# Erst Freilassung, dann Neuinhaftierung eines Hauskirchenpastors

Der iranische Pastor Matthias Haghnejad ist am 30. Dezember 2021 überraschend aus der Haft entlassen worden. Seine Freiheit währte jedoch nur zwei Wochen.

Die Freilassung war offenbar Konsequenz eines Urteils des Obersten Gerichtshofs vom 24. November 2021. Demnach stellt die Verbindung zu einer Hauskirche allein keine Straftat gegen die nationale Sicherheit dar. Am 15. Januar wurde er aber erneut vor ein Gericht zitiert und dort gleich verhaftet. Es ordnete an, dass der Pastor der evangelikalen „Kirche des Iran“ nun sechs Jahre hinter Gittern bleiben soll.

Er war ab 2006 wiederholt wegen seines christlichen Glaubens im Gefängnis. Im Oktober 2014 wurde er unter

anderem wegen des Vorwurfs, die Sicherheit des Staates zu gefährden, zu sechs Jah-

erging ein weiteres Urteil gegen ihn: fünf Jahre Gefängnis.



Matthias Haghnejad

ren Haft verurteilt. Zwei Monate später sprach ihn ein Berufungsgericht frei. 2019

Briefen an die iranische Führung für seine Freilassung einzusetzen (2014 und 2019).

Das Gericht wiederholte jetzt die Vorwürfe aus dem Jahr 2014. Es beschuldigte Haghnejad, eine Vereinigung gebildet zu haben, die das Christentum propagiere und Informationen an Feinde des Islams weitergebe. IGFM-Referentin Michaela Koller bezeichnete die jetzige Gerichtsentscheidung als reine Willkür. Sie solle dazu dienen, die Christen im Land einzuschüchtern.

Die IGFM und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten Haghnejad zwei Mal als „Gefangenen des Monats“ benannt und aufgerufen, sich in

## INDIEN

# Hindunationalisten gegen Mutter-Teresa-Schwwestern

In Indien ist es verboten, ohne entsprechende Lizenz Spenden aus dem Ausland anzunehmen. Um solch eine Erlaubnis müssen sich in regelmäßigen Abständen auch die Missionarinnen der Nächstenliebe bewerben. Der Orden, den Mutter Teresa von Kalkutta gründete, übernimmt mit seinen Einrichtungen für Ärmste, Waisen, Kranke und Sterbende sehr viele Auf-

gaben, die der indische Staat nicht leistet. Trotzdem verweigerte ihm die zuständige Behörde zu Jahresende 2021 die Verlängerung der Erlaubnis. Infolge weltweiter Appelle widerrief die indische Regierung Anfang Januar diese Entscheidung. Hindunationalisten, die seit 2014 die indische Zentralregierung stellen, unterstellen den Ordensfrauen Mission als Motiv

ihrer vielfältigen karitativen Aktivitäten. Zugleich befürchten jedoch politische Beobachter, dass die Radikalisierung der Regierung in einer Diktatur münden könnte, sehr zu Lasten sozialer Randgruppen und der Minderheiten. Der Orden, wie auch andere, die das Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen vertreten, stehen diesen Umbauplänen im Weg.

**VORANKÜNDIGUNG: 50. Jahrestagung der IGFM – 9./10. April 2022 in Bonn**